

## **Rede von Joachim Schramm, Landesgeschäftsführer der DFG-VK NRW bei Diehl-Protestdemonstration, Troisdorf 16.3.24**

Kein Deal mit Diehl, so lautet das Motto unserer heutigen Protestveranstaltung hier in Troisdorf und wir wenden uns damit gegen die geplante Vergrößerung der Waffenfabrik mitten in der Stadt. Diehl Defence gehört zu den Rüstungskonzernen in Deutschland, die seit dem Beginn des Ukrainekrieges Morgenluft wittern. In den Jahren zuvor war die Rüstungsproduktion in Deutschland immer mehr in die Kritik geraten. So sprachen sich 2018 64% der Bundesbürger gegen Waffenexporte generell aus, über 80% waren gegen den Waffenexport in Krisen- und Konfliktgebiete.

Das hinderte die Waffenproduzenten nicht daran, fleißig in solche Krisen- und Konfliktgebiete zu exportieren, an die Türkei für ihren Krieg gegen die Kurden, an Saudi-Arabien für seinen Krieg im Jemen und an viele andere. Der Spruch „Deutsche Waffen – deutsches Geld, morden mit in aller Welt“ ist leider traurige Wahrheit. Doch dagegen formierte sich mehr und mehr Widerstand, in der "Aktion Aufschrei - Stoppt den Waffenhandel!" organisierten sich seit 2011 über hundert Organisationen der Friedens- und Entwicklungspolitischen Bewegung sowie der Kirchen. Die Ampelparteien schrieben noch 2021 in ihren Koalitionsvertrag den Plan, ein lange gefordertes Rüstungsexportkontrollgesetz zu erarbeiten, Doch vor dem Hintergrund des Ukraine-Krieges scheinen die Bedenken gegen Rüstungsproduktion und -export nicht mehr zu zählen. Die Aktien der Rüstungskonzerne steigen in die Höhe. Dazu sagen wir deutlich nein, nein zum Geschäft mit dem Tod. Rüstungsaktien sind Blutaktien.

Auch wenn Bayern und Baden-Württemberg die Zentren der deutschen Rüstungsindustrie sind, sind auch in NRW einige der größten deutschen Waffenschmieden beheimatet, Der größte rein deutsche davon ist Rheinmetall in Düsseldorf. Der Konzern verdiente schon am I. und II. Weltkrieg. Heute liefert Rheinmetall Panzerfahrzeuge wie den Leopard-Panzer oder den Schützenpanzer Puma, Geschütze wie die Panzerhaubitze 2000, Artilleriemunition und Bomben. In Düsseldorf sitzt die Konzernzentrale, in Weeze am Niederrhein baut der Konzern gerade eine Anlage zur Produktion von Rumpfteilen des Atombombers F-35. Im Ukraine-Krieg profitiert der Konzern von der Lieferung und Überholung von Panzerfahrzeugen, die an die Ukraine geliefert werden. Vor zwei Tagen wurde gemeldet, der Konzern wolle in diesem Jahr 700.000 Artillerie-Granaten an die Ukraine liefern. Aber vor dem Krieg hatte der Konzern auch intensive Beziehungen zu Russland und lieferte u.a. ein Gefechtsübungszentrum, wie es auch die Bundeswehr in der Colbitz-Letzlinger Heide betreibt. Das ist eine alte Tradition deutscher Rüstungskonzerne, dass beide Seiten eines Konfliktes beliefert werden. Den Aktionären ist das egal, sie reiben sich die Hände, der Konzern rechnet mit einer Umsatzsteigerung von 40% in diesem Jahr auf dann 10 Mrd. Euro.

Auch Thyssen -Krupp mit seiner Zentrale in Essen unterhält eine große Rüstungssparte. Krupp ist ja der Name, der für die unheilvolle Geschichte deutscher Waffenproduktion steht. Thyssenkrupp Marine Systems ist führender Produzent von nicht-nuklear betriebenen U-Booten. Diese wurden u.a. an Israel geliefert, dass sie nach Meinung von Experten zu Atomwaffenträgern umbaute. Auch die hochmodernen Fregatten der Bundeswehr, von denen eine jetzt im Roten Meer im Einsatz gegen die Huthi- Milizen ist, werden von Thyssen-Krupp produziert. Mit diesen lukrativen Großprojekten rangiert der Konzern an Platz zwei der deutschen Rüstungskonzerne.

Dritter großer Rüstungskonzern mit NRW-Aktivitäten ist Kraus-Maffei-Wegmann, der seit einigen Jahren mit dem französischen Konzern Nexter verschmolzen ist. Auch Kraus-Maffei verdiente bereits am II. Weltkrieg. Ähnlich wie Rheinmetall und in Kooperation mit diesem Konzern produziert auch Kraus-Maffei-Wegmann Panzerfahrzeuge und Artilleriesysteme. In NRW unterhalten sie eine Fabrik für Panzerketten in Remscheid.

Der vierte im Bunde ist Diehl Defence, ebenfalls ein Rüstungsunternehmen mit einer 100 jährigen Tradition. Der Konzern liefert vor allem Raketensystem und Munition. Bei den Raketensystemen gehört der hochmoderne Lenkflugkörper IRIS-T dazu, der ebenfalls an die Ukraine geliefert wurde. Hier in Troisdorf werden vor allem Zünder für Artilleriegeschosse produziert.

Neben den privatwirtschaftlichen Rüstungskonzernen gibt es in NRW jedoch auch noch Forschungseinrichtungen, die für die Rüstungsproduktion arbeiten. Eine große ist dabei das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt DLR in Köln-Wahn. Die Einrichtung, die auch ein ziviles Standbein hat, forscht an Waffensystemen für die Luftkriegsführung aber auch den Weltraum, der ebenfalls

zunehmend ins Visier der Militärs gerät. „Die wehrtechnische Forschung ist integraler Bestandteil der Programmatik des DLR.“ heißt es auf der Homepage des Zentrums. Dabei kooperiert die DLR eng mit der Bundeswehr und liefert aber auch Forschungsergebnisse für die Industrie.

Dies als kurzer, sicherlich nicht vollständiger Überblick über die Rüstungsindustrie in NRW. Folgt man einigen Medienberichten, dann haben Rüstungskonzerne in Deutschland neues Ansehen gewonnen. Doch Rüstungsproduktion bedeutet immer auch Rüstungsexport, da die Konzerne nicht allein von den Verkäufen an die Bundeswehr existieren können. Für den Rüstungsexport gibt es in Deutschland aus den Erfahrungen der Geschichte heraus eigentlich strenge Regeln. Schon das Grundgesetz legt fest, dass „zur Kriegführung bestimmte Waffen nur mit Genehmigung der Bundesregierung hergestellt, befördert und in Verkehr gebracht werden dürfen“ (§26 GG). Damit wurde der Tatsache Rechnung getragen, dass die Produktion und der Export von Waffen die Grundlage für Kriege überhaupt erst schaffen. In den "Politischen Grundsätzen für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern" der Bundesregierung wurde festgehalten, dass die Genehmigung von Exporte in Länder, die in bewaffnete Auseinandersetzungen verwickelt sind, nicht erteilt werde. Auch hier war man sich offenbar im Klaren, dass Waffenexporte in Kriegsgebiete das Töten nur anheizen und das Sterben verlängern.

Was ist nun anders geworden? Sicherlich ist in den Rüstungsexport-Grundsätzen der Bundesregierung die Ausnahme enthalten, dass Waffen in Kriegsgebiete geliefert werden können, wenn ein Fall von Selbstverteidigung vorliegt. Doch sind Waffen weniger tödlich, wenn sie zur Verteidigung eingesetzt werden? Tragen sie weniger dazu bei, den Krieg zu verlängern und mehr Opfer zu fordern? Nein, all das trifft natürlich nicht zu. Dass Waffenlieferungen an die Ukraine auch in der deutschen Bevölkerung so breit akzeptiert werden, hängt mit einem überkommenen Verständnis von Verteidigung zusammen. Es ist das romantische Bild, dass die tapferen Verteidiger den Angreifer abwehren und so Frau und Kind in der Heimat schützen. Aus welchen Kriegen stammt dieses Bild eigentlich? Aus den Kriegen der letzten Jahrzehnten sicherlich nicht. Nach Schätzungen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz ist der Anteil an Zivilopfern in der Gesamtzahl der Opfer im Laufe des 20. Jahrhunderts von 5 % im Ersten Weltkrieg auf 90–95 % in den heutigen Kriegen gestiegen. Aktuell können wir das am Krieg im Gazastreifen beobachten. Waffenlieferungen, also die Verlängerung von Kriegen, schützen keine Zivilisten, sondern erhöhen die Zahl derjenigen, die getötet werden. In vielen Konfliktregionen wären die Kriege zumindest in dieser Intensität nicht möglich, wenn die Industriestaaten nicht die Waffen dafür liefern würden. Auch das ist eine Ursache für die großen Fluchtbewegungen unserer Tage. Auch deshalb sagen wir deutlich Nein zu Rüstungsexporten und zur Rüstungsproduktion auch in NRW.

Laut dem schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI belegt Deutschland für den Fünf-Jahres-Zeitraum 2019 – 2023 Platz 5 der weltweit größten Waffenexporteure. Davor liegen nur noch die USA, Russland, Frankreich und China. Der regelmäßig erscheinende Rüstungsbericht der Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) stellte für 2021, also noch vor der Zeitenwende fest, dass fast 64% der Exporte an sogenannte Drittstaaten gehen, die weder der NATO noch der EU angehören. Was einmal als Ausnahme gedacht war, ist längst die Regel geworden. Deutschland liefert Waffen für die Kriege der Welt, aus wirtschaftlichen Gründen aber auch in hohem Maße aus strategischen Gründen. Moral und Rechtsstaatlichkeit und andere hohen Werte, die der Westen gerne für sich in Anspruch nimmt, spielen kaum eine Rolle.

„Wenn wir die Waffen nicht liefern, dann liefern sie eben andere“, hört man oft in Diskussionen. Doch kann es sein, dass ein Staat, der laut Grundgesetz „von dem Willen beseelt ist, dem Frieden der Welt zu dienen“, so massiv dazu beiträgt, dass Kriege in aller Welt möglich werden? Wir stehen zur Friedensorientierung unseres Grundgesetzes, auch wenn die Mehrzahl der Parteien im Bundestag heute ein kriegstüchtiges Deutschland will. Wir wollen ein friedensfähiges Deutschland!

Gesetzliche Regelungen und Vorgaben zählen offenbar wenig, wenn es um Profite und um Machtinteressen geht. Eine vorgestern veröffentlichte Studie „Deutsche Rüstungsexporte vor dem Hintergrund europäischer und internationaler Verpflichtungen“ kommt zu dem Ergebnis „dass Deutschland regelmäßig bei seinen Rüstungsexportentscheidungen gegen internationales und europäisches Recht verstößt. Die deutschen Gesetze setzen den Gemeinsamen Standpunkt der EU zu Rüstungsexporten, den Waffenhandelsvertrag und die UN-Kinderrechtskonvention nur unzureichend um und es gibt auf nationaler Ebene keinerlei juristische Kontrolle“ Auftraggeber der

Studie ist u.a. die Kinderrechtsorganisation terre des hommes. Sie beklagen, dass die Folge solcher Rechtsbrüche ist, dass viele Kinder in Kriegsgebieten mit deutschen Waffen verletzt oder getötet werden.

Aktuell verabschiedet sich die deutsche Regierung ganz öffentlich von dem Ziel, Rüstungsexporte zu verringern. In der im letzten Jahr veröffentlichten Nationalen Sicherheitsstrategie heißt es zwar zunächst, die Regierung wolle an einer restriktiven Rüstungsexportpolitik festhalten. Doch dann folgt der Satz „Eine verantwortungsvolle Rüstungsexportpolitik berücksichtigt zugleich auch unsere Bündnis- und Sicherheitsinteressen, geostrategische Herausforderungen, die Unterstützung von Partnern, die unmittelbaren Bedrohungen ausgesetzt sind, und die Anforderungen einer verstärkten europäischen Rüstungskooperation.“ Damit wird der Begriff „restriktive Exportpolitik“ ad absurdum geführt, denn die Ausnahmen sind so umfassend, dass sich letztlich jede Exportentscheidung rechtfertigen lässt. So wundert es auch nicht, dass die Regierung nach Jahren der Ablehnung von Rüstungsexporten an den autoritären Staat Saudi-Arabien jetzt aus strategischen Überlegungen die Lieferung von Eurofightern an den Golfstaat genehmigte. Und auch 150 Luft-Luft-Lenkflugkörpern des Typs Iris-T sollen an Saudi-Arabien geliefert werden. Von wem werden die noch mal hergestellt? Genau, von Diehl Defence, gegen dessen Firmenausbau wir hier in Troisdorf gerade demonstrieren.

Die in der Aktion Aufschrei zusammengeschlossenen Organisationen, zu denen auch die Deutsche Friedensgesellschaft gehört, fordern folgende Schritte zu Eingrenzung der Rüstungsproduktion und des –exports:

- Kein Export von Rüstungsgütern an menschen- und völkerrechtsverletzende Staaten.
- Kein Export von Rüstungsgütern an Krieg führende Staaten und in Konfliktgebiete
- Verbot der Lizenzvergabe zum Nachbau deutscher Rüstungsgüter und keine Unterstützung beim Aufbau von Rüstungskapazitäten im Ausland.
- Umstellung der Rüstungsindustrie auf nachhaltige zivile Produktion (Rüstungskonversion).

Zwischen 100.000 und 400.000 Menschen arbeiten in der Rüstungsindustrie. Schon in den 80er Jahren wurden Konzepte entwickelt, Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion umzustellen, sogenannte Konversionskonzepte. Davon wurde leider nur wenig umgesetzt. Hier gibt es dringenden Nachholbedarf.

143 Millionen Euro hat Rheinmetall im letzten Jahr an Dividenden ausschütten, Geld was mit dem Tod und dem Leid von Menschen in Kriegsgebieten in aller Welt erkaufte ist. Rheinmetall wie auch andere Rüstungskonzerne gehören zu den Gewinnern des Ukrainekrieges, das steht jetzt schon fest. Dass es ansonsten in diesem Krieg keine Gewinner sondern nur Verlierer geben wird, ist ebenfalls absehbar. Daher fordern wir gemeinsam mit zigtausenden Menschen in Deutschland Initiativen für einen sofortigen Waffenstillstand. Wir sagen nein zur Vergrößerung von Diehl Defence hier in Troisdorf und wir sagen: "Grenzen auf für Menschen, Grenzen zu für Waffen - Rüstungsexporte stoppen!"